

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-295
Zel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Morworts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dornmärkte-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nie wieder Krieg!

Imposanter Verlauf der Friedenskundgebungen im Reich.

Hamburg, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Hamburger Stadtgebiet veranstalteten das Ortskartell des ADGB, der UFA, die Sozialdemokratische Partei und des Friedenskartell in den 7 größten Sälen gemeinsame Antikriegskundgebungen.

Leipzig, 21. September. (U.) Eine große Kundgebung unter der Parole: „Nie wieder Krieg“ veranstaltete am Sonntagnachmittag das Gewerkschaftskartell in Leipzig. Die Teilnehmer marschierten in geschlossenem Zuge mit schwarzrotdorbenen und roten Fahnen nach dem städtischen Ausstellungsgelände.

München, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Kundgebung „Nie wieder Krieg!“ verlief in eindrucksvoller Würde. Die mit Lorbeer und Lanneneisig geschmückte Tonhalle war dicht gefüllt mit Friedensfreunden, an deren Spitze der erste Bürgermeister marschierte.

Unangenehm berührte es, daß die Münchener Polizeidirektion es für notwendig befunden hatte, ein außerordentlich starkes Schutzmansaufgebot in den zur Tonhalle führenden Straßen patrouillieren und außerdem in der Nähe noch eine starke Abteilung Schutzeinheiten bereit halten zu lassen.

Köln, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Hauptstadt des Rheinlandes fand am Sonntag eine gewaltige Antikriegskundgebung statt, die die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften einberufen hatten.

Essen, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die von der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und den pazifistischen Verbänden veranstalteten Antikriegskundgebungen fanden überall einen erhabenen Verlauf.

Der Verlauf im Saargebiet.

Saarbrücken, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Antikriegstag ist im ganzen Saargebiet sehr eindrucksvoll verlaufen. In allen größeren Orten fanden unter Leitung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften öffentliche Kundgebungen statt.

Kundgebungen im Auslande.

Wien, 21. September. (U.) Auf der hohen Warte fand heute vormittag bei herrlichem Wetter die feierliche Uebergabe der Fahne der Internationalen Gewerkschaftszentrale an die Wiener Sozialdemokraten statt.

forderungen der verschiedenen linksgerichteten Organisationen Folge geleistet. Die eigentliche Feier erfolgte nach einem Umzug in dem größten Pariser Saale, dem Trocadero.

Der Antikriegstag in Belgien.

Paris, 22. September. (U.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel hat gestern die sozialistische Partei Belgiens in allen größeren belgischen Städten Kundgebungen gegen den Krieg veranstaltet.

Die Arbeiterregierung und der Friede.

Eine Kundgebung Macdonalds.

London, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntagabend und Sonntagmorgen in ganz England große Friedenskundgebungen statt. Der Ministerpräsident Macdonald richtete an diese Demonstrationen durch die Presse einen Appell.

aus dem gleichen Anlaß hat Macdonald dem „Daily Herald“ einen Beitrag zur Verfügung gestellt, in dem er u. a. folgendes sagt: „Niemand, der mit der augenblicklichen Lage der Dinge vertraut ist, kann den geringsten Zweifel hegen, daß der gegenwärtige Selbstzustand, in dem sich die Nationen befinden, die Ängste der Nationen und die Mittel, zu denen sie greifen, um sich zu schützen, für den Frieden Europas ebenso bedrohlich sind wie der Zustand, in dem sie vor 1914 gelebt haben.“

Jeder europäische Staatsmann, dem der Frieden am Herzen liegt, hat deshalb nimmer alle Kräfte gegen diesen Niedergang der Moral einzusetzen. Die alten Feinde sind zwar geschlagen, Grenzen sind verändert, neue Staaten aufgerichtet worden, trotzdem fühlt sich aber niemand in seinem Hause sicher.

Berade in diesem Augenblick ist unser Land einer der größten Gefahren, die ihm vom Militarismus je bedroht haben, glücklich entronnen: die Gefahr, die ihm in der Friedensmaste des „Gegenseitigen Garantievertrags“ entgegengetreten war.

Die Arbeiterregierung hat nicht nur durch das, was sie getan hat, sondern durch die neue Atmosphäre und den neuen Geist, den sie mit sich gebracht hat, Europa eine neue Chance gegeben, eine neue Möglichkeit, die Europa auch tatsächlich zu ergreifen entschlossen ist.

Wenn wir morgen gehen und die Regierungsbänke im Parlament räumen müßten, würde das Werk, das wir begonnen haben, Schaden leiden und der Friede bedroht werden. Aber was wie in London und Genf schon jetzt getan haben, das kann nicht mehr gänzlich ausgelöscht werden.

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Die oberschlesische Nachwahl.

Allgemeiner Stimmrückgang — über 20 Prozent!

Hindenburg, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachwahlen zum Reichstage verliefen unter der Aufsicht eines starken Polizeiaufgebotes ohne jeden Zwischenfall. Im Vergleich zur letzten Wahl war die Beteiligung schwächer.

Das vorläufige Ergebnis stellt sich wie folgt:

Table with 2 columns: Party Name and Votes. Includes Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Polen, Zentrum, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, and Deutschnationale.

Am gestrigen Sonntag haben im Wahlkreis Oberschlesien (Oppeln) Neuwahlen zum Reichstag stattgefunden. Sie waren erforderlich geworden, weil das Wahlprüfungsgericht auf Einspruch der „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“ die oberschlesischen Ergebnisse vom 4. Mai aus dem Grunde für ungültig erklärte.

Die Neuwahlen standen von vornherein unter dem Zeichen einer außerordentlichen Wahlmüdigkeit, die noch dadurch verschärft wurde, daß überall die Ueberzeugung herrschte, durch die Wahl in diesem Sondergebiet könnte eine Veränderung des Gesamtreichstags ohnehin nicht eintreten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Wahlergebnis vom Sonntag zu werten. Während am 4. Mai von 736 515 Wahlberechtigten 582 715 ihren Stimmzettel abgaben, sind diesmal nur 455 066 gezählt worden.

Die Mandatsverteilung bleibt, wie sie war. Die Wirtschaftspartei, um deren Willen die Nachwahl veranstaltet werden mußte, gewinnt zwar etwa 9000 Stimmen, die ihr aber zu keinem weiteren Mandat verhelfen können.

Die Lage unserer Partei in Oberschlesien ist eine besonders schwierige. Man weiß, daß vor dem Kriege die Sozialdemokratie in diesem Bezirk bei der Zusammensetzung seiner Bevölkerung nur außerordentlich schwer Boden gewinnen konnte.

Dabei ist bemerkenswert, daß die Sozialdemokratie im eigentlichen Industriegebiet wieder rund dreitausend Stimmen gewonnen hat. Ihre gegenwärtige Einbuße war leider haupt-

Ein Thüringer Skandal.

Genosse Loeb niedergelegt. — Freiwilliges Ausscheiden aus dem Amt. Polizei in der Staatsbank.

Weimar, 22. September 1924. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Genosse Loeb am gestrigen Tage sich entschlossen hat, sein Amt als Staatsbankpräsident niederzulegen und die schriftliche Entlassung vorzunehmen, ist in der vergangenen Nacht vom Sonntag zum Montag um 1/4 Uhr früh Polizei in die Staatsbank eingedrungen, weil nach Mitteilungen der Polizei bei ihr um 1/3 Uhr früh eine Anzeige eingegangen sei, die Genossen Loeb der Affenverschlebung beschuldigt.

Das Schreiben, in dem Genosse Loeb dem thüringischen Finanzminister seinen Rücktritt anzeigt, hat folgenden Wortlaut:

Herr Staatsminister!

Bei unserem ersten Zusammentreffen haben Sie mir auf die Frage, ob Sie mich deswegen entlassen werden, weil ich Jude bin, geantwortet:

„Ich betrachte den Juden nicht von der religiösen, sondern wie die Völkischen von der Rassenfrage aus. Ich bin kein Antisemit, und mit den Juden, mit denen ich bis jetzt zusammengelassen bin, habe ich mich lediglich auseinandergeräumt.“

Sie haben mir auf meinen Hinweis auf die Reichsverfassung, die den Begriff „Rasse“ nicht kennt, erwidert, daß Sie mir eine Entscheidung nach Rücksprache mit dem Staatsministerium auf meine wohl deutsche Frage zukommen lassen werden. Noch heute warte ich auf diese Antwort.

Bei einer anderen Gelegenheit haben Sie Wert darauf gelegt zu betonen, daß Sie mich nicht gegen „antisemitische“ Angriffe, sondern nur gegen Angriffe „im allgemeinen“ schützen wollten. Sie legten Wert darauf, sich in dieser Beziehung zu präzisieren, damit Ihnen nicht — wie Sie selber sagten — wie Herrn Staatsminister Dr. Stöckel aus einer solchen Präzisierung ein Strich gedreht werden könnte.

Sie haben, während ich mich im Sanatorium befand, hinter dem Rücken des Direktoriums und des Verwaltungsrats und ohne Anhören der gesetzlich bestimmten Wirtschaftskörper dem Landtag den Entwurf zu einer eingreifenden Änderung des Staatsbankgesetzes vorgelegt. Nach den Angaben ihres Referenten ist dieser, für das thüringische Wirtschaftsleben schwerwiegende Entwurf in drei Stunden formuliert worden.

Sie haben mich mit Absicht in einer Reihe von Umständen, die mit jener diskreditierenden und beleidigenden Maßnahme einer Ueberfallrevision während meiner, Ihnen dienstlich bekannten Abwesenheit schloß, in einer Art und Weise behandelt, die Ihre deutsche Mißachtung beweisen sollte.

Sie haben zwei Revisoren bestellt, deren einer den Zusammenhang dieser Revision mit den Dinterfelds-Angriffen bezeugte; deren anderer an derselben Stelle bezeugte, daß es sich darum handele, mich,

den polnisch Andersgerichteten, zu befehligen, und der an derselben Stelle feststellte, daß mir Pfisherrevision in keiner Weise nachgejagt werden könne.

Sie haben die von mir bei dem Verwaltungsrat als dem einzig hierzu berechtigten geschäftlichen Organ beantragte und von diesem genehmigte objektive Feststellung der Geschäftsführung durch die Deutsche Treuhandgesellschaft, Berlin, aus Gründen, die mit dem Gesetz nicht in Einklang stehen, verboten. Sie haben sich nicht geäußert, die Objektivität dieser Gesellschaft als durch mich beeinflussbar in Zweifel zu ziehen. Die von Ihnen angeordnete und durchgeführte Revision war gebacht und enthielt sich ganz klar als eine Revision gegen den Präsidenten. Deshalb glauben Sie fürchten zu müssen, daß die vom Verwaltungsrat beschlossene Feststellung meine völlig einwandfreie Geschäftsführung erweisen würde. Sie wollten die Ueberfallrevision als letzten Eindruck über meine Tätigkeit bestehen lassen.

Sie haben mir damit die Möglichkeit genommen, der Öffentlichkeit Aufklärung über die Unhaltbarkeit aller Versäumnisse zu beweisen und mir zuletzt damit wichtigen Grund gegeben, unter Verlegung der Umstände und Gründe, unter Verletzung der §§ 626 und 157 BGB, die Kündigung des zwischen dem Lande Thüringen und mir bestehenden Vertrages mit sofortiger Wirkung und unter Wahrung meiner Rechte, mit dem heutigen Tage auszusprechen.

Ich scheidet mit dem vollen Bewußtsein, dem Lande Thüringen und seinen Wirtschaftskreisen das, was ich ihnen bei Eröffnung der Staatsbank versprochen, in meiner einundzwanzigjährigen Tätigkeit voll und ganz gehalten zu haben.

Loeb, Staatsbankpräsident.

Genosse Loeb scheidet unbescholten aus dem Amt. Die vom Finanzminister vorgenommene Revision der Staatsbank ist ergebnislos verlaufen. Sie wurde nur angeordnet, um Loeb aus seinem Amt zu verdrängen. Das Verbot der zweiten, vom Genossen Loeb selbst beantragten Revision ist ein deutlicher Beweis für das schlechte Gewissen des thüringischen Finanzministers. Er ist der Befangene der deutschvölkischen Reaktion. Das Kündigungs schreiben deckt in dieser Hinsicht geradezu skandalöse Zustände auf. Die Mittel, die gegen den Präsidenten der Staatsbank angewandt wurden, sind nicht nur in höchstem Grade unmoralisch, sie verstößen auch gegen den Sinn der Reichsverfassung, und es wird noch im einzelnen zu untersuchen sein, mit welcher Frivolität der thüringische Finanzminister Gesetz und Recht mit Füßen treten zu können glaubt. So viel kann aber schon gesagt werden, der Fall Loeb ist heute keine innerpolitische Angelegenheit Thüringens mehr, er ist eine Angelegenheit, die das Reich noch ausgiebig beschäftigen wird.

fächlich auf dem platten Lande eingetreten. Und aus dieser Tatsache wird sich die Notwendigkeit für die Partei herleiten, genau nachzuprüfen, inwieweit etwa ein Versagen der Organisation oder des agitatorischen Eifers festgestellt werden muß. Denn wenn auch die jetzigen Wahlen für das Bild des Reichsparlamentes nicht von ausschlaggebender Bedeutung waren, so darf sich die Partei doch nicht organisatorisch auf den Selbstlauf der Maschine verlassen, sondern muß darauf achten, daß überall die Partei von der Verteidigungs- in die Angriffsstellung übergehen kann. Insofern können die oberflächlichen Wahlen für die Partei einen sehr wichtigen Fingerzeig geben.

Oppeln, 22. September. (WZ.) Nach dem bisherigen Ergebnis der Reichstagswahlen im Kreise 9, Oppeln, ergeben sich voraussichtlich Veränderungen hinsichtlich der Mandatsziffern der Parteien nicht. Die bisherigen Mandate des Zentrums, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Demokraten scheinen gesichert zu sein. Bei den Kommunisten dürfte infolge des Stimmenverlustes von rund 54000 Stimmen der bisherige Abgeordnete Zendorff sein Mandat im Kreise Oppeln verlieren. An seine Stelle tritt aber infolge der Reststimmenerrechnung voraussichtlich Frau Emilie Jode-Berlin von der Reichsliste. Eine merkwürdige Veränderung tritt bei den Deutschvölkischen ein. Infolge der Verluste der Deutschvölkischen verliert der bisherige Abgeordnete, der bisher im Wahlkreis 7, Breslau, mit Hilfe der Reststimmen aus dem Wahlkreis 9 gewählte Obermann und Altvergnügschreiber Konrad Schliephake sein Verbandsmandat. Da aber Schliephake zugleich auf der in Frage kommenden Stelle der Reichswahlliste steht, und da die Deutschvölkischen auf der Reichsliste noch unverwertete Reststimmen aufzuweisen haben, so verliert zwar Schliephake sein Verbandsmandat, bekommt aber dafür das Mandat auf der Reichsliste. Die Wirtschaftspartei müßte nach rund 2000 Stimmen aufbringen, wenn ihr der Gewinn eines Mandates sicher sein sollte. Das ist nach dem bisherigen Ergebnis indessen wenig wahrscheinlich. Auch bei den Polen, die bei einem Stimmengewinn ein Wahlkreismandat und unter Umständen auch ein Mandat auf der Reichsliste hätten gewinnen können, wird keine Veränderung eintreten.

Nutzloser Aufwand.

Der Bayerische Bauernbund und die Wirtschaftspartei haben am 4. Mai nur 5 Mandate in den Kreisen gewonnen und auf der Reichsliste ebenfalls 5 Mandate, zusammen 10 Mandate bekommen.

Nach der Wahl haben sie sich im Reichstage mit den 5 Hanauerern zu einer Fraktion zusammengeschlossen (15 Mandate). Die Wirtschaftspartei (Fraktion Bredt) und der Bayerische Bauernbund haben auf der Reichsliste noch (einschließlich der jetzigen 8008 Stimmen) 9353 unverwertete Reststimmen. Da ihnen das 6. Kreismandat fehlt, bekommen sie auch das 6. Mandat auf der Reichsliste nicht, geschweige denn das 7., auf das sie mit 33353 Stimmen sonst Anspruch hätten. Hätten sie jetzt statt 8908 Stimmen 10979 aufgebracht, also nur 2071 mehr, so würden sie im Verband der drei schlesischen Wahlkreise das 6. Kreismandat und damit auch das 6. Reichslistenmandat erhalten haben, denn sie müßten am 4. Mai in Breslau 15555 und in Bregenz 33463, zusammen 49018 Stimmen. Da der Wirtschaftspartei aber diese rund 2000 Mehrstimmen fehlten, so ist der ganze Aufwand an Wahlpropaganda tatsächlich nutzlos für alle veran worden.

Noch eine Nachwahl.

Dresden, 22. September. (WZ.) In Dittmannsdorf, Amtshauptmannschaft Meißen, Wahlkreis 28 Dresden-Bauhen, fand heute wegen unzulässiger Wahlpropaganda bei den Reichstagswahlen eine Wiederholungswahl statt, bei der folgende Stimmen abgegeben wurden: Sozialdemokratie 33 (bei der Hauptwahl 48), Deutschnationale 207 (297), Demokraten 9 (18), Kommunisten 6 (9), Deutsche Volkspartei 11 (25), Deutschsozial 5 (4), Völkischsozialer Block 1 (6), Zentrum — (—), sonstige Wählergruppen 3. Die Wahlbeteiligung war gering, es wurden im ganzen nur 275 gegen 411 Stimmen bei der Hauptwahl abgegeben.

Marx für Eintritt Deutschlands.

Völkerbundsrede des Kanzlers in Baden.

Koblentz, 22. September. (WZ.) Auf dem Bundesparteitag der badischen Zentrumspartei sprach Reichskanzler Dr. Marx über die Reichspolitik. Er führte u. a. aus: Wenn der Gedanke des Völkerbundes so oft verdächtigt würde, so geschähe es nur deshalb, weil diese Institution gegenwärtig noch unvollkommen sei und sich viele noch nicht in wünschenswertem Maße in die Idee eingelebt hätten. Man müsse es verstehen und billigen, wenn Deutschland in voller Wahrung seiner Ehre und seiner Anerkennung als Großmacht einen Antrag um Aufnahme in den Völkerbund stelle, der ihm seine Freiheit lasse und seinen berechtigten Ansprüchen gerecht werden müsse. Man dürfe zur Erreichung dieses Zieles keine Gelegenheiten verstreichen lassen. Ob das Kabinett am Dienstag in diesem Sinne zu einer Entscheidung kommen werde, das wisse er noch nicht, doch glaube er, daß gegenwärtig eine große Zahl von Romanen dafür spreche. Sein Kabinett werde nur den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit zu gehen haben, und sein zweites Ziel sei, für das Vaterland zu arbeiten. Dies habe das Zentrum mit vollster Heiterkeit und mit Aufbietung seiner ganzen Kraft getan, und auch die Reichsregierung werde diesen Weg einschlagen müssen, wenn das deutsche Volk nicht wieder in Armut, Elend und Zerrissenheit hineinkommen soll. Die Einheit des Reichs sei unser höchstes Ziel. Deutschland dürfe kein Stück Boden mehr verlieren, da es schon so viel verloren habe. Das deutsche Volk müsse alles tun, um dem besetzten Gebiet die Lasten zu erleichtern, denn nicht Westfalen und das Rheinland allein hätten den Krieg verloren, sondern das gesamte deutsche Volk. Die in London eingeschlagenen Wege müßten leider bestritten werden. Deutschland habe wohl den Krieg, aber nicht seine Ehre verloren.

Wenn der Eintritt unbequem ist.

Paris, 21. September. (WZ.) Die Gerüchte, wonach Deutschland um seine Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen werde, haben in der Oppositionspresse einen Entrüstungssturm ausgelöst, wogegen die Regierungspresse vorläufig die Frage nicht kommentiert. Der „Temps“ stellt fest, daß die der deutschen Regierung ergebenden Zeitungen noch vor kurzem den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bekämpft hätten. Wenn sie jetzt ihre Ansicht geändert hätten, so bedeute dies wahrscheinlich, daß Deutschland von dritter Seite (hiermit ist wohl England gemeint, R. d. W.) bestimmte Zusicherungen erhalten habe. Das „Journal des Débats“ erklärt, daß die bedingungslose Zulassung Deutschlands zum Völkerbund einen Schritt mehr auf dem Wege zur Revision des Versailler Vertrages bedeuten würde. Vor 14 Tagen sei die französische Ansicht in Genf allgemein unterstellt worden, während die französische Delegation lieber an Boden verloren habe. Auch der „Gaulois“, die „Victoire“ und die „Action Française“ haben sich heute in ähnlichem ablehnenden Sinn ausgesprochen.

Der bevorstehende Kabinettsrat.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, beginnt der morgige Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten vormittags 11 Uhr, und zwar wird er im Gebäude des Reichspräsidenten stattfinden. Kanzler und Reichsaußenminister sind entgegen einer anders lautenden Meldung bis zur Stunde noch nicht zurückgekehrt. Man erwartet Dr. Stresemann heute abend. Reichskanzler Marx kehrt erst am Dienstag morgen aus dem Urlaub zurück.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Bei den deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen sind die Arbeiten der beiderseitigen Delegationen inzwischen samstags geendet, daß die wesentlichen Grundlagen geklärt werden konnten. Es ist nunmehr für die beiden Delegationen erforderlich, vor Eintritt in die Einzelörterungen Fühlung mit ihren Regierungen zu nehmen. Daher ist die Fortsetzung der Beratungen zunächst verschoben worden und gleichzeitig ist ihre Wiederaufnahme schon jetzt für den 15. Oktober festgesetzt.

Held gegen den Kriegsverlierer Ludendorff.

Für Schutzpol, gegen den Völkerbund.

München, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurde in der üblichen Form der diesjährige Lantendäufener Bauerntag abgehalten. Auf ihm wurden bekanntlich in früheren Jahren der bayerischen Politik jeweils die Richtlinien gegeben. Die Tradition wirkte auch diesmal nach. Das ergab sich aus der Anwesenheit des Ministerpräsidenten, des Ministers des Innern und des Sozialministers. In einer groß angelegten politischen Rede wandte sich Held gegen Ludendorff, indem er sagte: Leute, die jetzt das Maul so voll nehmen, sollten sich sagen, daß sie selbst schuldig sind, wenn wir den Krieg verloren haben. Wenn diese Leute wiederum die Führung in Deutschland bekämen, ginge es uns wie 1918. Wäre der Rutsch dieser Leute im Jahre 1923 gelungen, so hätten wir allerdings kein Sonderverkommen, dessen Annahme notwendig war, dafür aber einen Bürgerkrieg von einem Ausmaß, daß den Franzosen nichts mehr zu tun übrig geblieben wäre. Weiter erklärte er, daß es für Bayern verhängnisvoll wäre, wenn es sich zum Industriestaat entwickeln würde. In Bayern müsse eine völkisch-politische Bauernpolitik getrieben und infolgedessen die Schutzpolpolitik der jetzigen Reichsregierung verteidigt werden. Bezüglich des Völkerbundes äußerte Held, daß die Idee freilich etwas sehr Schönes und Erstrebenswertes in sich schliesse, aber heute sei sie in keiner Weise verwirklicht. Außerhalb des Völkerbundes könnten wir Deutsche uns noch rühren, im Völkerbund dagegen nicht. Warum sollten wir dümmer sein als Amerika und Rußland. Er für seine Person lehne jedenfalls den Beitritt zum Völkerbund ab. Auf die Kriegskreditsfrage übergehend, forderte der Ministerpräsident die Notifizierung der bereits bekannten Note der Reichsregierung. Zum Schluß wandte er sich noch einmal gegen Ludendorff und die Völkischen, die als die stärksten Vertreter des Militarismus die geschworenen Feinde der bayerischen Volkspartei seien.

Ein „Geheimbund“ prozess.

Ueberflüssige Anstrengung.

Am Sonnabend standen in Guben vor dem großen Schöffengericht zwanzig Arbeiter aus Gassen unter Anklage, im Herbst vorigen Jahres eine proletarische Hunderschaft ausgezogen zu haben. Die Angeklagten leugneten nicht, eine Organisation zum Schutz der Republik in den kritischen Herbst-

wochen des vorigen Jahres gegründet zu haben, sie wiesen aber den Punkt der Anklage zurück, daß es sich um eine Organisation mit geheimen Zwecken gehandelt habe. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Organisation im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei mit Wissen der Staatsregierung zum Schutz der Republik gegründet wurde. Der Staatsanwalt forderte trotzdem wegen Uebertretung von Ordnungsvorschriften Gefängnisstrafen von drei Monaten. Das Gericht erkannte jedoch auf Freispruch, obwohl der Vorsitzende und einer der Schöffen Mitglieder des Stahlhelms sind.

Abbau des französischen Militarismus.

Herabsetzung der Dienstzeit in Vorbereitung.

Paris, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Goe Nouvelle“ meldet am Sonntag, daß im Stabe des Kriegsministeriums ein Plan ausgearbeitet werde, der eine Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 12 Monate vorsieht.

Der Wahlkampf in Amerika.

Zafollette für demokratische Außenpolitik.

New York, 21. September. (WZ.) In seiner ersten Wahlrede, die der Kandidat der sogenannten „dritten Partei“, der radikale Senator Zafollette in New York vor 15000 Zuhörern gehalten hat, führte er aus, dem Siege der englischen Labour Party und den Triumpfen, die Herriot in Frankreich und in der Außenpolitik erreicht hat, werden ähnliche Erfolge der Progressiven in den Vereinigten Staaten folgen. Ein Sieg der dritten Partei aber würde den Frieden bedeuten und er würde den Wohlstand für die breiten Massen des amerikanischen Volkes mit sich führen. Seine Partei würde in die Lage kommen, ihren Einfluß im Sinne der Revision des Versailler Vertrages in die Bagchale zu werfen, und dies würde um so nützlicher sein, als der Vertrag von Versailles sich wie eine würgende Hand auf den Körper Europas legt. Amerika könnte dann mit den liberalen Regierungen der Welt zusammenarbeiten in der Abschaffung der Militärpflicht, der Herabsetzung aller Rüstungen auf rein defensiver Grundlage und Ueberlassung des Reiches der Kriegserklärung dem Volke eines jeden Landes.

Amnestie in Südslavien.

Belgrad, 22. September. (WZ.) Der König hat einen Erlass unterzeichnet, der eine allgemeine Amnestie für diejenigen Verbrechen und Vergehen vorsieht, die unter das Strafgesetzbuch und das Gesetz zur Verteilung des Staaes fallen. Ausgenommen von der Amnestie sind nur diejenigen Delinquenten, die flüchtig geworden sind oder die sich direkt an den terroristischen Aktionen in Kroatien und Alt-Serbien beteiligt haben. Die Maßregel bezweckt, die Lage zu entspannen und in den Gebieten, die jahrelang der Schmutz blutiger Kämpfe und politischer Propaganda waren, eine neue Aera der Versöhnung einzuleiten.

Neue Verhaftungen in München. Wie der „Völkische Kurier“ mitteilt, wurden gestern vormittag durch die Münchener Polizei neuerdings Verhaftungen vorgenommen. Unter dem Verdacht der Fortführung verbotener Verbände wurden Major Faber und Hauptmann Sengel festgenommen.

Antrag Polens auf Rückgabe deutscher Okkupationsgelder. Der Kommissar von Warschau hat beschlossen, bei der gemischten deutsch-polnischen Kommission in Paris die Rückgabe der während der Okkupation in Warschau von der deutschen Verwaltung erhobenen Gebühren zu verlangen. Es würde sich dabei um 8,2 Millionen Mark und 0,8 Mill. Rubel handeln.

Der Antikriegstag in Berlin.

Unter Besuch aller Versammlungen. — Störungslöser Verlauf.

Im Großen Schauspielhaus.

Den Auftakt für die Veranstaltungen des gestrigen Tages, die unter dem Signum „Nie wieder Krieg“ in Berlin einen starken Aufschwung fanden, bildete am frühen Vormittag die „Proletarische Feiertunde“ im Großen Schauspielhaus. Sie stand unter dem Zeichen des Wortes „Die Internationale“. Aus allen Reden klang das Solidaritätsgefühl der Arbeitenden, die hohe Empfindung für Brüderlichkeit und Frieden in der Welt. Wer auf den Geist dieser Gemeinschaft vertraut, wer für sich und in sich daran mitarbeitet, ihn zu verbreiten und zu verbreiten, vor allem in sich selber reif zu machen, der handelt gleichzeitig als Streiter wider die Idee des Krieges.

In diese notwendige Mitarbeit und die Einheitslichkeit der Massen appellierte Crispian in seiner Rede, die kurz und eindringlich die von Erfolgen und Niederlagen schließlich zu dem heutigen Aufstieg getragene Geschichte der Internationale beleuchtete. Daß diese Gedanken des Zusammenflusses der Menschheit gegen den Krieg, den Kapitalismus, die Ausbeutung keine utopistischen sind, bewiesen die ausländischen Sprecher — die lebendige Rhetorik Longuet (Frankreich) begeistert alle, auch wenn sie seine französisch gehaltene Rede kaum verstanden, bevor der Uebersetzer sie wiederholte. Er zeichnete den neuen Geist in Frankreich, die Abwehrschaffung mit der Reaktion, erinnerte an den Kampf gegen die Ruhebeziehung, an die jehige Annetie, pries den Geist Bourges, dessen herrliche Rede forden Herriot im Pantheon besetzen ließ. Herriot's Postul ist nicht die der Sozialistischen Arbeiterpartei, aber der Wille zur Verständigung ist in ihm so lebendig, wie in jedem deutschen Arbeiterherzen. Wenn nicht alles, was der Dames-Bericht an Voraussetzungen für den neuen Frieden enthält, so schnell und intensiv zur Ausführung kommt, wie es für uns erwünscht wäre, so liegt das an dem Kampf, den auch Herriot gegen den Chauvinismus in Frankreich zu führen hat. Mit gleicher Eindringlichkeit sprach Brodway, ein Führer der englischen Arbeiterpartei, von der Schuld aller Regierungen am Krieg. Er streifte das Dames-Gutachten, forderte gleichberechtigtes Einverständnis im Rat des Völkerbundes, der wirtschaftlich wichtiger sei als politisch. Auch er grüßt Deutschland, das im Kampf um die internationale Verbrüderung des Proletariats stets vorangeht. Abramowitsch (Rußland) schließlich hielt eine zündende Rede, deren Kernstück der Fluch gegen den Krieg war. Gerade er, der in Rußland den Niedergang oder doch die Nachlosigkeit der Sozialisten sah, setzt sich mit Begeisterung ein für die Entwicklung russischer Ideen, für den Kampf gegen den zur Vernichtung reifen Kapitalismus. Der Tag des Sieges und der Feier ist nicht so fern, wie mancher denkt; so kragt es auch aus dieser begeisterten Ansprache. Wenn die 15 Millionen, die 1914—1918 fielen oder verkrüppelt wurden, sich die Hand reichen, so umspannen sie den ganzen Erdball. Wenn 15 Millionen Lebende dieselbe Umarmung vornehmen, erziele, ob Deutsche, Russen, Franzosen, Engländer oder Chinesen, und wenn diese Gemeinschaftsbewegung aus dem inneren Trieb zur Verbrüderung erfolgt, dann ist ein Wall geschaffen, an dem sich jeder Kriegsgedanke verblutet. Die Internationale ist der Ruf zur Menschlichkeit in die Welt.

Wer hätte sich da nicht die festlichen Klänge des Hymnus aus der IX. Sinfonie als Kontrapunkt gewünscht! Die Leonoren-Duvertüre III unter Ungers beschwingter Führung leitete als Wust der Freiheit die Feststunde ein, der Sprechchor schloß sie mit stimmungsvoller Verherrlichung einer Idee der Völkergemeinschaft. Eine wahre Feiertunde, ein erhebender Tag, ein nachhallendes Erlebnis!

Im Norden.

In den Thorsrußen sprach vor einer großen Zuhörerschaft der Sekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Genosse Brodway. Er betonte, daß er nicht für die englische Regierung, sondern für die Arbeiterpartei spreche, wenn auch deren Ansichten übereinstimmen. Der Krieg ist nicht die Schuld einer Regierung gewesen; die Epanjan's Bestrebungen aller kapitalistischen Länder waren die Ursache. Die englische Arbeiterpartei war so wenig für den Krieg wie die deutsche; nicht wenige Engländer haben ihre Kriegsdienstverweigerung mit langen Gefängnisstrafen büßen müssen. (Genosse Brodway war als konsequenter Kriegsdienstverweigerer selbst drei Jahre im Gefängnis.) Die englischen Arbeiter haben die Schuldfrage im Versailler Friedensabkommen, haben die Sanktionen und Beschlüsse stets scharf bekämpft. Brodway betonte, daß die englischen Genossen das Dames-Gutachten als eine Augenmaßlösung ansehen, die besser ist als das bisherige, sie werden aber darüber wachen, daß Deutschlands Arbeiter in der kommenden Zeit nicht schlechter gestellt werden als die anderen Arbeiter der Welt. Die Engländer sind dafür, daß Deutschland sich und Stimme im Völkerbund erhält. (Stürmische Zustimmung.) Der Redner erklärte es weiter als notwendig, daß das Friedensgericht im Haag eine Brückung der Kriegsurachen vornimmt und ein unparteiisches Urteil fällt, damit daraus die Lehren gezogen werden können, wie in Zukunft Kriege zu vermeiden sind. Unter dem Beifall der Versammelten sagte Genosse Brodway: Wir englischen Arbeiter streben nach der Macht in unserem Parlament, wir wünschen aber auch, daß in Frankreich und Deutschland die Sozialisten maßgebend, bestimmenden Einfluß bekommen, denn nur so ist der Weltkrieg zu sichern. Kampf dem Kriege, nie wieder Krieg! Langanhaltender, brauender Beifall dankte dem englischen Genossen. — Genosse Heinrich Löffler führte als nächster Redner aus: Heute ist der Tag, an dem sich Millionen in einem Gedanken zusammenfinden. Wer könnte wohl besser sein, solche Kundgebungen wie die heutige zu veranstalten, als die Arbeiter aller Länder. Bedauerlich ist nur, daß solche internationalen Projekte gegen den Krieg überhaupt noch nötig sind, wo all die Tränen und all das Blut des Krieges die fürchterlichsten Anklagen sein sollten. Die deutsche Arbeiterschaft hat große Ursache, über die Folgen der Reichstagswahl vom Mai nachzudenken. Die Versammelten, die den Reden des englischen und deutschen Genossen mit Aufmerksamkeit zugehört waren, stimmten zum Schluß begeistert in den Gesang der Internationale ein, die der Meineltsche Männerchor zu Gehör brachte.

Im Osten.

Die Versammlung in der „Alhambra“, Kappensstraße (früher Kellers Festsaal) war gut besucht. Männergesang eröffnete mit dem Bilde „Ich warte Dein“ die Kundgebung. Dann sprach, von stürmischen Beifall der Versammelten begrüßt, der Entel Karl Marx, Longuet, Frankreich: „Die heutigen Antikriegsversammlungen finden unter besonderen Umständen statt. Nicht nur in Deutschland, nein, auch in Frankreich, überhaupt in allen Ländern geist die arbeitende Klasse: Niemals darf sich das grauenvolle Schauspiel von 1914 wiederholen! Ueberall sind unsere Brüder zur gleichen Stunde versammelt, um ihren Schwur gegen das Wenden zu leisten.“ Longuet gebot die letzten Wahlen in Frankreich. „Wir haben“, so rief er aus, „aufgeräumt mit Poincaré, mit Millerand und ihren Anhängern. Wir wollen zeigen, daß jetzt ein neuer, friedliebender Geist bei uns herrscht. Größere Erfolge hätten uns gewinkt, wenn die Arbeiterschaft Frankreichs nicht in verschiedene Lager gespalten wäre. Doch nicht in dieser Stunde davon reden. Wir wollen auch heute die Vereinnahmung der Arbeiterklasse fördern. Frankreich hat im Parlament 107 sozialistische Abgeordnete; darüber hinaus verfügt es

über eine Linksmehrheit, mit der wir als Sozialisten ein Einverständnis können. Zum Zeichen, daß ein neuer Geist Einzug gehalten hat, sei angeführt, daß die Volksvertreter beschlossen haben, die Aschenreste des tapferen Vorkämpfers für den Frieden, der am Vorabend des Weltkrieges ermordet wurde, Jean Jaures nach dem Pantheon, wo Frankreichs große Männer ruhen, zu überführen. Herriot hat mit seinen Gegnern stark zu kämpfen und viel Arbeit harret nach der Erledigung. Aber es muß und es wird vorwärts gehen!“ Genosse Longuet behandelte dann die Frage der Reparationszahlungen. Er forderte, daß sie nicht auf Kosten der arbeitenden Klasse Deutschlands und unter Aufgabe des Achtstundentages bezahlt werden dürfen. „Wir Sozialisten machen dagegen Front.“ Eine wichtige Einrichtung ist der Völkerbund. Zwar müssen wir erneut betonen, daß diese Institution in ihrer heutigen Form nicht unsere Wünsche verwirklicht, doch ist wenigstens der erste Schritt zur Reinigung der politischen Atmosphäre getan. Ist in Frankreich ein Aufstieg der Arbeiterschaft zu verzeichnen, so geht es auch in anderen Ländern vorwärts. Hoffen wir, daß es auch im arbeitenden Deutschland, im Deutschland der Lassalle, Marx und Bebel's vorwärts geht!“ Stürmischer Beifall lohnte Longuet für seine Ausführungen. — Genosse Rih, Ungarn bedauerte, daß Longuet in seinem Referat nicht der unglücklichen Ungarn gedacht hatte. Wir Heimatlosen bitten Euch: Helft uns, wir werden auch Euch helfen. — Nach einem Hoch auf die sozialistische Internationale sangen die Versammelten stehend die „Internationale“, womit die Kundgebung ihr Ende erreicht hatte.

Im Süden.

Im Karlsruher Neufölla wurde die eindrucksvolle Kundgebung, die einen tiefen Eindruck in jedem Teilnehmer hinterließ, stimmungsvoll eingeleitet durch das Lied: „Empor zum Licht“, vorgetragen vom Neuföllner Arbeiter-Sängerkorps. Bühne und Garten waren mit roten Fahnen ausgeschmückt. Genosse Riedisch als Referent erinnerte in seiner Rede an das vor einigen Wochen erschienene Buch des Generalmajors Schönach: „Vom vorigen zum nächsten Kriege“, in dem der Krieg im Jahre 1930 scheidet. Die neuesten Erfindungen der Technik, insbesondere auf dem Gebiet des Gases, werden, in einem neuen Krieg angewandt, furchtbar für das Meer und auch für die Zivilbevölkerung sein. Die Opfer des Krieges sind immer wieder die breiten Massen. Jene, die den Anstoß dazu geben, gehören gewöhnlich nicht unter die Kriegsoffer. Unter denen, die draußen gebieten sind, hat z. B. die deutsche Reichsregierung auch nicht einen einzigen. Aber nicht nur die Schrecken und Opfer des Krieges, auch die Nachwehen treffen die Arbeiterschaft am härtesten. Sehen wir doch jetzt, daß diejenigen, die den verlorenen Krieg gewollt, die zu ihm gekehrt haben und nachdem uns die Kriegskostenrechnung präsentiert worden ist, wie sie versuchen, die Reparationslasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Aus diesem Grunde haben die Massen alles daran zu setzen, daß die Kriegsheer ohne Anhang bleiben. „Fangen wir an zu denken und weigern wir uns, Gewehre in die Hand zu nehmen.“ Mit dem Lied: „Tod Jolens“ und der „Internationale“ wurde die glänzend verlaufene Feier geschlossen.

Im Westen.

Im Viktoriagarten in der Wilhelmstraße zu Wilmersdorf hatten sich zahlreiche Arbeiter, Angestellte und Beamte um 10 Uhr vormittags versammelt, um gegen einen neuen Krieg vornehmlich Protest zu erheben. Der Arbeiter-Sängerkorps und trug zunächst mehrere Reden vor, die sehr beifällig aufgenommen wurden. Hier sprachen zunächst Genosse Abramowitsch, Rußland. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Die Schuld an dem letzten Krieg trägt der internationale Kapitalismus. Das weiß ein jeder Sozialdemokrat. Die Bolschewisten in Sowjetrußland üben die schlimmsten Terrorakte gegen Sozialdemokraten aus und man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß in keinem kapitalistischen Land die Sozialisten so vogelfrei sind, wie in dem angeblich sozialistischen Rußland. Die Rede von Abramowitsch wurde mit lebhaftem Beifall begleitet. Nach ihm nahm Genosse Friß Schröder, Berlin das Wort. Auch dieser Redner verurteilte den Krieg und wies auf die vielen entsetzlichen Kriegsoffer hin. Die arbeitende Klasse sei der Friedensverbündete aller Völker; von ihr hänge der Gerechtigkeitskampf ab. Kurt Eisner hätte einmal gesagt, daß ein Volk, in dem sich die Wahrheit nicht durchdringe, zu Grunde gehen müsse. Die starke moralische Kraft sei im einzelnen noch nicht gefestigt, zwischen der Reinheit unleres Volkes und unserem Wankeln lasse sich ein Widerspruch; wir würden noch zu wenig auf die Lüge reagieren, was der Fehler unserer inneren Struktur sei. Sonst könnte z. B. Feidenbach nicht mehr im Kerker schmachten. Die Wahrheit, unsere moralische Existenz, sei mit ihm gefährdet. Deutschland müsse aber moralisch gesäubert werden, um rein in den Völkerbund treten zu können.

Die Demonstration der Jugend.

Die freie Arbeiter- und Angestelltenjugend demonstrierte gestern Abend im großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses gegen den Krieg. Vor dem überfüllten Hause führte Genosse Jädel, der Vorsitzende des Zentralarbeiterverbandes, aus: Den Ruf „Nie wieder Krieg“, der heute bei den Proletariaten aller Länder ertönt, nimmt auch die Gewerkschaftsjugend auf und Jugents abzufragen von ihrem Willen, dem Kriege der Kampf anzulegen. Sie ruft es in dem Bewußtsein, daß im ausdauernden Kampfe diese Gefahr der Reichheit vermindert werden kann. Wir alle, Junge wie Alte, führen diesen Kampf in der Sehnsucht nach Freiheit und Frieden. Angehts der Tatsache, daß es möglich war, Europa 4 Jahre lang in ein Menschenjagdhaus zu verwandeln, angesichts der verwüsteten Felder, Städte und Dörfer, der vernichteten Kulturgüter, muß die Scham die Menschheit erfüllen. Die Toten des Krieges, die Invaliden, die Witwen und Waisen mahnen uns, nicht zu vergessen, sondern zu kämpfen gegen eine Gesellschaftsform, die die Kriege aus sich selbst heraus gebiert.

Ein Autounfall und seine Folgen.

Der 29 Jahre alte Rittergutsbesitzer Dominikus von Strachmih, der bei seinem Bruder, Kugsburger Straße 62, gewohnt hatte, wurde Sonnabend nachmittags gegen 4½ Uhr am Kaiserplatz durch den Privatwagen einer Frau Hetmann aus Wien (nach einer anderen Besart von einer Frau Anita Hippmann), die ihren Wagen selbst lenkte, überfahren. Man schaffte den Besirungslohn nach dem St. Norbertkrankenhaus, wo er infolge eines Schädelbruchs bereits am Sonntag früh gegen 4 Uhr verstarb. Die Frau konnte nur mühsam vor der Wit des Publikums geschützt werden. Als sie dann später im Hotel die Nachricht vom dem Tode des von ihr überfahrenen erhielt, beging sie Selbstmord, indem sie sich eine Kugel in die Schläfe schoß.

Geständnis der Frau Krüger.

Wie erinnertlich sein dürfte, wurde am 18. September 1923 in Hammer der 73 Jahre alte Landwirt und Stellmacher Louis Krüger in seinem Wohnzimmer, auf dem Ruhebett liegend, mit durchschneiderender Kette tot aufgefunden. Der Verdacht des Gattenmordes fiel auf die Ehefrau Krügers, zumal ihre beiden früheren Männer unter eigenständigen Umständen gestorben waren. Frau Krüger hatte durch allerlei Wackenschäften versucht, einen Selbstmord vorzutreiben. Durch Ansammlung von Beweismaterial und Vorkauf dieses Materials machte sie jetzt endlich eingestehen, daß sie ihrem Manne mit dem Rasiermesser von

hinten die Kehle durchschnitten habe. Sie stellt es jetzt immer noch als einen Akt schuldloser Täuschung dar. Nach ihren Aussagen soll er nämlich selbst in das Messer hineingelassen sein. Das ganze Leben der Frau Krüger stellt die Kriminalpolizei immer vor neue Rätsel. Die Vernehmung der Frau und die Vorhaltung der einzelnen Momente gibt gar keine Klarheit. Für alles hat sie entweder eine harmlose Ausrede oder sie verschanzte sich hinter trotzigem Schweigen.

Ein Lustmord.

Eine Frau im Friedrichshagener Wald ermordet aufgefunden.

Ein grausiges Verbrechen wurde am Sonntag früh durch einen Pflanzmann in der Friedrichshagener Forst entdeckt. Der Mann war auf der Suche in die Gegend einer Schonung gekommen, die ungefähr in der Höhe der Bahnstube 17 liegt. In dieser dichten Schonung gewahrte er einen kleinen 4jährigen Knaben herumlaufen. Bald darauf sah er bei weiterer Suche auf der anderen Seite der Schonung zwei nackte Frauenleiber. Er ging jetzt darauf zu und fand den kleinen Knaben neben seiner völlig entseelten Mutter hocken. Die Frau war tot. Der kleine Junge sagte: „Erich darf nicht weggehen, Mutti schimpft sonst“.

Der Mann eilte sofort zu dem 242. Polizeirevier, dessen Beamten sofort an den Tatort fuhren. Gleichzeitig wurde die Mordkommission alarmiert, die sich sofort an den Fundort begab. Bis jetzt wurde folgendes festgestellt: Es handelt sich um zweifelhaft um einen Lustmord, der in Gegenwart des Kindes an der Frau begangen worden ist. Die Tote lag auf dem Rücken. Sie war nur mit Strümpfen bekleidet und an dem rechten Fuß sah noch ein schwarzer halber Spangenschuh, der links war abgerissen und lag neben der Leiche. Weiter lagen noch daneben die Sachen, die der Tote wahrscheinlich gehörten. Eine Hemdhose, ein lila Rock mit schwarzen Volants, ein rotes braunes Kleid mit schwarzem Blumenmuster, eine kleine schwarze Lederne Besuchsmappe. In ihr befand sich ein blaues Damenpfeifenäschchen, ferner eine Postkartenphotographie, die 13 Kinder zeigt, unter denen sich auch der 4jährige kleine Knabe befindet, sowie eine Tüte der Dela-Verkaufsgenossenschaft, Teltower Straße. Außerdem lag neben diesen Sachen noch ein Bündel, in dem sich ein braun-schwarzes kariertes Knabenanzug befand, mit einem grünen Josenbodenfalten. Es scheint der Alltagsanzug des Kleinen zu sein. Die Blöße der Frau war mit einem grauen Jäckel zugedeckt. An dem Hals befanden sich zahlreiche Verletzungen, die teils Kratzen, teils Bismunden sind. Durch einen starken Druck ist ihr wahrscheinlich der Kehlkopf eingedrückt worden. Die Tat mag sich vielleicht schon Sonnabend abend oder Sonntag in aller Frühe abgespielt haben. Um den Hals trug die Tote noch ein kleines silbernes Medaillon mit Ketten. Auf dem Medaillon ist ein Blumenmuster. Von Grünbeide wurden sofort Hund und nachsuche herbeigeholt. Auf die Ermittlung des Täters ist sofort eine hohe Belohnung ausgesetzt worden. Personen, die nun am Sonnabend oder am Sonntag eine ungefähre 25 bis 30 Jahre alte Frau mit hellblondem Haar, die wahrscheinlich keinen Hut trug, mit einem 4jährigen Knaben auf den Bahnhöfen Friedrichshagen oder Rahnsdorf gesehen haben, vielleicht in Begleitung eines Mannes, werden gebeten, sich bei der Mordkommission Kommissare Genat-Wädter Zimmer 105 im Polizeipräsidium zu melden, aber auch jedes Polizeirevier, besonders Revier 242, nimmt diese Meldungen entgegen.

Die letzten Ermittlungen haben ungezweifelt ergeben, daß die Tote einem Lustmord zum Opfer gefallen ist. Die Leiche wird ihr vom Beibe gerissen, die Bänder sind nicht aufgebunden, sondern gerissen. Alle diese Sachen, die bei der Tote gefunden wurden, befinden sich jetzt im Polizeipräsidium im Zimmer 105, wo sie für Personen, die eventuell Mitteilung machen können, zur Besichtigung ausliegen. In der Tüte der Dela-Verkaufsgenossenschaft Teltower Straße befand sich Salz. Die Postkartenaufnahme der Kindergruppe zeigt im Hintergrunde eine Frau, die an einer Schiebetür steht. Die Aufnahme ist allem Anschein nach auf einem Fabrikhofe gemacht worden. In einem direkten Ergebnis haben die Nachforschungen der Kriminalpolizei bis jetzt noch nicht geführt. Ein ganzes Heer von Beamten war die ganze Nacht hindurch unterwegs, um festzustellen, wo die Frau vielleicht gesehen worden ist. Die Nachsuche der Hunde aus der Hundestation Grünbeide brachte ebenfalls keinen Erfolg. Der kleine 4jährige Junge, der bei seiner toten Mutter gefesselt war, ist von dem Sargfabrikanten Schulz in Friedrichshagen in Pflege genommen worden. Er erzählt, daß er Herbert Ebercht heißt. Er und seine Mutter seien mit der Elektrischen gefahren. Im Walde hätten sie einen Mann getroffen.

Unsere Jugendweihen am Sonntag, den 28. September.

Charlottenburg: Staatstheater, Großmarktstraße. Eintrittskarten sind zu haben bei: J. Hinrichsen, dort, Banreuther Str. 25; D. Horstig, NW. 87, Siedingstr. 58; F. Schmidt, Charlottenburg, Kofenstr. 4; S. Kagenstein, dort, Riebuhrstr. 61. — Treppovaanndulenkweg: Aula des Realgymnasiums, Treppovaanndulenkweg 6. Eintrittskarten sind zu haben bei: B. Hoff, SO. 36, Harzer Straße 117; Kehler, Treppovaanndulenkweg, 18b (Expedition); W. Solas, Baumgartenweg 16, 3 Trp. — Conwitz, Lichterfelde und Steglitz: Aula, Lyzeum 1, Steglitz, Rodenburgstr. 16. Eintrittskarten sind zu haben bei: G. Felgentreu, Pantmih, Charlottenstr. 34; H. Krüger, Steglitz, Siemensstr. 78; A. Schmidt, Steglitz, Zimmermannstr. 10; Frau Ungerer, Wilmersdorf, Hanauer Str. 43 (Siebung). — Schönberg-Friedenau: Aula, Realgymnasium, Friedenau, Homuthstraße. Eintrittskarten sind zu haben bei: Frau Krawitz, Schönberg, Kloppe-Paulus-Str. 7; A. Petrie, Schönberg, Ebers-troße 70; A. Joachim, Schönberg, Belgier Str. 27; G. Schaudt, Friedenau, Badestr. 9. — Pantow: Aula, Lyzeum, Pantow Göttsche-str. 42. Eintrittskarten sind zu haben bei: H. Klüh, Pantow, Lindenpromenade 56; Konsumverkaufsstelle, Pantow, Wallont-str. 102; Konsumverkaufsstelle Niederschönhausen, Kaiser-Wilhelm-str. 79; Konsumverkaufsstelle Kaiserweg 60. — Die Eintrittskarten folgen für jede Jugendweih für Erwachsene 1 M. pro Stück, für Kinder 0,50 M. Alle Feiern beginnen um 11 Uhr.

Keine Stadtordeordneten-sitzung in der nächsten Woche. Wegen der Tagung des Deutschen Städtebundes in Hannover findet in der nächsten Woche keine Stadtordeordneten-sitzung statt.

Oberbranddirektor a. D. Reichel ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Er wirkte als er 1923 in den Ruhestand trat, auf eine Feuerwehredienstzeit von mehr als 40 Jahren zurück. 1882 wurde er Brandmeister in Breslau, 1886 kam er nach Berlin 1891 rückte er hier zum Brandinspektor auf, 1893 ging er als Branddirektor nach Altona, 1902 wurde er Leiter der Berufsfeuerwehre in Hannover, wo er als erster in Deutschland einen Automobil-Blitzschutz einrichtete. 1905 wurde ihm die Leitung der Berliner Feuerwehre übertragen, bei der er von 1908 ab die Automobilisierung durchführte. Diese Arbeit, die der Krieg unterbroch, war erst 1923 bei Reichels Pensionierung beendet.

Mord oder Unglücksfall? Durch einen neuen Leichenfund wurde am Montagmorgen die Kriminalpolizei alarmiert. In der Eisenbahnstraße 17 in Schöneberg fand ein Arbeiter, der zur Arbeit gehen wollte, einen Mann in seinem Bette liegend, im Hausflur auf. Er gab kein Lebenszeichen mehr von sich. Er wurde als der 51 Jahre alte Maurer- und Dachdeckerpolier Otto Meyer, der im selben Hause vorn im ersten Stockwerk als Untermieter wohnt, festgestellt. Die schweren Kopfverletzungen rühren wahrscheinlich von Schlägen her. Mittelungen sind an Kriminalkommissar Dr. Niemann im Zimmer 84 im Polizeipräsidium zu richten.

„Der Kampf der Klassen um die Schule“. Ueber dieses Thema sprach der Genosse Stadtsekretär Dr. Löwenstein heute Montag abend 7 Uhr in der Aula der Mittelschule, Westhafen, in einem Vortragabend der „Freien Schulgenossenschaft Lichtenberg“. Gastgenossen, Eltern und Lehrer sind dazu herzlich eingeladen. Eintritt frei.

